

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 14 (1973)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Der Februar 1948 und der Geist der Verträge : die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei vor 25 Jahren  
**Autor:** Klim, Franz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095065>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei vor 25 Jahren

# Der Februar 1948 und der Geist der Verträge

Von Franz Klim

Am 25. Februar 1948 übernahm in Prag eine neue Regierung unter dem alten Vorsitz von Gottwald ihr Amt. Sie setzte sich nur noch aus Kommunisten und von ihnen akzeptierten Mitläufern zusammen. Dieser Stichtag wird heute offiziell als das Datum der Machtergreifung durch die KP Tschechien gefeiert. In der Tat wurde in jenen dramatischen Tagen der Übergang von demokratischen zu diktatorischen Institutionen unvermittelt sichtbar. Begleitumstände zur legalen Regierungsbildung waren gewaltsame Okkupation der andersdenkenden Presse sowie der pluralistisch-demokratischen Parteien und Organisationen, waren bewaffneter Druck der Strasse und Verhaftungen im ganzen Land, waren Abschaf-

fung der Opposition und Meinungsfreiheit samt der mindestens politischen Liquidierung ihrer Träger, die offene Liquidierung der demokratischen Kräfte. Ein Blitz aus heiterem Himmel also? Nein, das Ende eines konsequenten Prozesses, in welchem die Repräsentanten einer permissiven bürgerlichen Gesellschaft aus tatsächlichem oder anpasserisch gespieltem Glauben an die demokratische Partnerschaftlichkeit von Kräften, die sich offen über die Demokratie mokierten, die Selbstbehauptung einer funktionsfähigen Demokratie immer weniger wahrgenommen hatten. Die Geschichte der Februarereignisse war durch ihre Vorgeschichte bestimmt.

Nachdem die deutsche faschistische Macht im Jahre 1938 einerseits Böhmen und Mähren okkupiert, andererseits aus der Slowakei einen Satellitenstaat geschaffen hatte, flüchteten viele Träger des tschechoslowakischen politischen und geistigen Lebens ins Ausland: die Kommunisten in die Sowjetunion und die Bürgerlichen unter Führung des abgedankten Präsidenten Benes hauptsächlich nach England.

In London gründeten die Emigranten zunächst ein Nationalkomitee und aus diesem heraus dann eine von den Westmächten anerkannte provisorische Regierung unter Benes. Sie erwarb 1942 die Zusage der europäischen Westmächte, dass die Tschechoslowakei nach dem Kriege in ihren alten Grenzen wiederhergestellt würde.

Die Kommunisten hatten ihr Zentralkomitee nach Moskau verlegt und versuchten von dort aus, die Widerstandsbewegung in der Heimat in ihre Richtung zu lenken. Allerdings erhielten sie

dazu von Stalin erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 freie Hand, weil die UdSSR zuvor mit Hitler verbündet gewesen war. Gottwald durfte am 29. Juli 1941 erstmals über Radio Moskau zu den Landsleuten im Protektorat sprechen.

## Schon in den letzten Kriegsjahren: Benes setzt auf die UdSSR

Der provisorischen Regierung in London und ihrer Politik drückte Benes seinen Stempel auf. Und ihn charakterisierte es, dass ihm ausschliesslich Zweckmässigkeit und Erfolg als Massstab für die Zulässigkeit der Methoden galten, nicht aber politische Überzeugung oder Prinzipien. Virtuos beherrschte er die Kunst des opportunistischen Denkens. Seine wandelbaren Bedarfsansichten über das Wesen der Sowjetunion sind ein Beispiel dafür. In seinem Werk «Betrachtungen über den Slawismus» führte er an:

«Das kommunistische Russland hat völlig schematisch und mit einem für das Leben unerträglichen Fanatismus einigen marxistischen Doktrinen zur Geltung verholfen und dadurch der Menschheit... gezeigt, welche Experimente mit dem Volk die Regierungen und Staaten vermeiden müssen.» Aber 1947 in seinen Memoiren hiess es: «Ideell und moralisch hat die russische Revolution... neben den Ideen von Präsident Wilson... in Mitteleuropa und Europa überhaupt die Ideologie der Selbstbestimmung (ausgerechnet; Anm.) entfacht... und ist zu einem der wichtigsten Helfer im Streben nach nationaler Unabhängigkeit und nationaler Einheit aller slawischen Völker geworden.» Auch aus andern Äusserungen ist ersichtlich, dass Benes darauf setzte, mit der Sowjetunion zu gehen.

Als 1943 an der Ostfront die grosse Wende eintrat und die Wahrscheinlichkeit wuchs, dass die CSR eher vom Osten als vom Westen her befreit würde, richtete Benes seine Tätigkeit mit Entschiedenheit auf die UdSSR aus. Bei einem Aufenthalt in den USA auf Einladung Roosevelts vertrat er in Gesprächen mit führenden Politikern und in öffentlichen Vorträgen prosovjetsche Thesen, die das ihre zur Fehleinschätzung der Politik Stalins durch den Westen beigetragen haben mögen.

## Das Regierungsprogramm von Kosice 1945: Die demokratischen Kräfte verschenken die Trümpe zur Mitsprache

In diesem Sinne bestand Benes auf einer vertraglichen Bindung mit der UdSSR. Dabei setzte er sich über die Bedenken seiner britischen Gastgeber durch, die ein langfristiges sowjeto-tschechoslowakisches Bündnis vor Kriegsende nicht für ratsam hielten, hatte sich doch der potentielle Konfliktstoff im alliierten Lager bereits gezeigt. Doch Benes wünschte sein Vertrauen in die sowjetische Führung verbindlich zu beweisen, und so unterzeichnete er am 12. Dezember 1943 in Moskau einen Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit nach dem Kriege. Darin sicherte die UdSSR der CSR die Respektierung von Unabhängigkeit, Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu.

Im Glauben, Stalins Vertrauen und vorbehaltlosen Beistand gewonnen und somit seinen Staat



Februar 1948: Mit bewaffneten Milizen als Argumentationsmittel.

künftig gegen alle Gefahren abgesichert zu haben, ging Benes auch mit der KPTsch-Führung weitreichende Verbindlichkeiten ein. Im März 1945 verhandelte er, wiederum in Moskau, mit ihren Repräsentanten unter Parteichef Klement Gottwald über die Bildung einer neuen Regierung der Nationalen Front und ein abgestimmtes weiteres Vorgehen. Ohne besondere Einwände wurde auch das Regierungsprogramm angenommen, das die Kommunisten ausgearbeitet hatten (es wurde später Kaschauer Programm genannt). Demnach würde die Tschechoslowakische Republik nicht mehr bürgerlich-demokratisch, sondern volksdemokratisch sein. Annahme fanden ferner die kommunistischen Vorschläge für eine neue Organisation und Zusammensetzung der Regierung. Wegen der Besetzung der entscheidenden Ressorts in der Regierung kam es zwar zu Auseinandersetzungen, aber die Vorleistungswilligkeit der bürgerlichen Seite für die gute Zusammenarbeit verhalf den kommunistischen Partnern zum Sieg. Sie erhielten neben dem Ministerium für Landwirtschaft das Innenministerium und das Informationsministerium. Mit Hilfe der Sozialdemokraten sicherten sie sich Einfluss auf die Ministerien für Industrie und Ernährung. Ausserdem hatten sie gefügige Kräfte im Ministerium für Schulwesen und im Verteidigungsministerium, das unter der Leitung von General Ludwig Svoboda (dem heutigen Staatspräsidenten) stand.

Das Abkommen vom 12. Dezember 1943 und die folgenden Vereinbarungen mit der KPTsch beschränkten nach der Befreiung des Landes durch die Rote Armee die politische Handlungsfreiheit der zugelassenen nichtkommunistischen Parteien und ihrer Anhänger. Sie wurden notgedrungen zu Werkzeugen der KPTsch-Politik, die ihrerseits vom Kreml diktiert war. Das sah man, als es um die Einlösung der in Moskau einträchtig beschlossenen prinzipiellen Programmpunkte ging, wie die Bildung von Nationalausschüssen und einer Nationalen Front, das Verbot von konservativen Parteien, die Aussiedlung der Deutschen, die Retribution des Bodens, die Nationalisierung von Industrie, Banken und Versicherungen, die Strafverfolgung, die Definition des Kollaboratentums (nicht nach Massgabe der Zusammenarbeit mit den Nazis, sondern nach Massgabe der «Klassenzugehörigkeit»), endlich die aussenpolitische Anschlussbewegung an die UdSSR. In all diesen Belangen mussten die bürgerlich-demokratischen Kräfte nunmehr erkennen, dass sie sich selbst ihrer Wirkungsmöglichkeiten begeben hatten und dass die andere Seite über sämtliche Machtpositionen von Belang verfügte.

#### Die strukturelle Gewalt der KP zwischen 1945 und 1948 wird von den Nichtkommunisten fügsam akzeptiert

Noch vor dem Einmarsch der Roten Armee in die «historischen Länder» Böhmen und Mähren war in der ostslowakischen Stadt Kaschau (Kosice) am 5. April 1945 das massgebliche gouvernementale Programm für die Zukunft verkündet worden, und zwar durch die Regierung, die Präsident Benes am Tag zuvor durch sein Dekret Nr. 1 eingesetzt hatte. Die seinerzeit zwischen dem Londoner und dem Moskauer Exil ausgehandelten Kompromisse trugen in allen Aspekten der Linie Rechnung, die Benes



In den Tagen der Regierungskrise mobilisierten der damalige Gewerkschaftsführer Antonin Zapotocky (links) und Gottwald selbst die «werkstätigen Massen», das heisst die von der KPTsch schon längst unter ihre Exklusivkontrolle gebrachten Organisationen.



seit dem 12. Dezember 1943 konsequent verfolgt hatte, nämlich den neuzeuerrichtenden Staat unter den Schutz der UdSSR zu stellen.

Im Bestreben, durch Eingehen auf kommunistische Wünsche Unbequemlichkeiten zu vermeiden, von der Vorstellung einer sozialistischen Gemeinschaft angezogen, zur Rücksichtnahme auf den sorgfältig gepflegten Mythos der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft und der sowjetischen Rolle bei der Befreiung der CSR vom faschistischen Joch gezwungen, verzichteten die demokratischen Kräfte anfänglich selber zugunsten der Kommunisten auf eigene Positionen. Als sie die Grundrichtung der Entwicklung auf einen neuen Faschismus bemerkten und sie ändern wollten, war es zu spät. Sie konnten ohne Schwierigkeiten und weitgehend sogar unter Beachtung formell legaler Massnahmen zur Kapitulation gezwungen werden.

Die mit der Moskauer Emigration vereinbarte Aufteilung der Regierungsposten lieferte das Innenministerium und damit die Polizei der kommunistischen Kontrolle aus. Die Berufung eines Stalin zu Gehorsam verpflichteten Generals (Svoboda) zum Verteidigungsminister verwandelte die Armee in eine kommunistische Domäne. Das kommunistisch besetzte Propagandaministerium monopolisierte das Radio, kontrollierte via Papierzuteilung auch die nichtkommunistische Publizistik, manipulierte nach Belieben die öffentliche Meinung und schränkte die Pressefreiheit in der Praxis ein. Das Landwirtschaftsministerium in kommunistischen Händen konnte sich die Bauern dadurch botmässig machen, dass es die Zuteilung des konfiszierten, enteigneten oder von den ausgesiedelten Deutschen zurückgelassenen Bodens nach Gesinnungskriterien vornahm. Die in Moskau vereinbarte Institution der Betriebsausschüsse sowie eine einheitliche Gewerkschaft unter kommunistischer Lenkung bedeuteten eine absolute Kontrolle über die Arbeitsplätze.

Die kommunistischen Partner betrachteten den zwischen dem Londoner und Moskauer Exil vereinbarten Entwurf einer sozialistischen Republik zu keinem Zeitpunkt als etwas anderes denn als Sprungbrett zu ihrer späteren totalen Diktatur. Uebrigens war das nicht einmal ein Geheimnis; seit ihrem Bestehen hatte sich die KPTsch durchaus explizit zu ihrem Endziel bekannt. Es blieb der Bourgeoisie überlassen, die Dinge anders sehen zu wollen; so ersparte sie sich das Bewusstsein der Verpflichtung, zur Behauptung der demokratischen Errungenschaften etwas zu tun.

Das Verhalten der Nichtkommunisten in repräsentativen Funktionen war von jenem Opportunismus geprägt, der die Konflikte dadurch zu überwinden scheint, dass es sie vorübergehend verdrängt. Auch sie wiederholten die offiziellen Parolen, liessen die Sowjetunion hochleben, unterstrichen die Notwendigkeit der Nationalen Front und beteuerten ihren aufrichtigen Willen zur weiteren Zusammenarbeit mit der KP. In der Tat wurden denn auch alle wichtigen Beschlüsse einstimmig gefasst. Einstimmig schlug man die Karpato-Ukraine der Sowjetunion zu. Wie ein Mann stimmten die Abgeordneten der nichtkommunistischen Parteien für Vorlagen, die von ihrer eigenen Presse noch mit Vorsicht kritisiert wurden.

#### Die letzten freien Wahlen von 1946: Kein Wille zur Ausnutzung der Bevölkerungsmehrheit

Als die friedliche Zusammenarbeit mit der KPTsch die ersten Sprünge bekam und die Parteien sich anschickten, in einem unter der Obhut der Nationalen Front geführten Wahlkampf um Stimmen zu werben, fehlte es auch weiterhin an Worten von offener Kritik. Und wenn man bürgerlicherseits auf die offenkundi-



Die neue Regierung kommt an die Macht. Präsident Benes empfängt Ministerpräsident Klement Gottwald mit den Mitgliedern seines neuen Kabinetts, das sich nur noch aus Kommunisten und Mittläufern zusammensetzt. Gleichzeitig kommt es zur gewaltsamen Ausschaltung aller nichtkommunistischen Kräfte (ob oppositionell oder nicht), die sich in den drei Jahren zuvor bereits weitgehend hatten ausmanövrieren lassen.

gen Machtansprüche der KPTsch, auf die totale Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion anspielte, geschah es mit verständnisheischer Zurückhaltung, mit betonter Toleranz gegenüber der Dreistigkeit der Intoleranz. Der artige Bürger gibt sich immer besonders Mühe, Provokationen zu vermeiden, wenn man ihm mit Bedacht auf die Zehen tritt.

Trotz eines Wahlkampfes, der auf nichtkommunistischer Seite seinen Namen eigentlich kaum so recht verdiente, dementierten 1946 die einzigen freien Wahlen der Nachkriegstschechoslowakei das amtliche Bild einer ganz auf die kommunistischen Wünsche ausgerichteten Öffentlichkeit. Gesamtstaatlich entschieden sich 37,94 Prozent der Stimmberechtigten für die KP, und eine klare Mehrheit tat somit kund, dass sie die von der KPTsch bestimmte eingeschlagene Richtung der Landesentwicklung nicht guthieß.

Die führenden Persönlichkeiten der nichtkommunistischen Parteien aber fürchteten sich, als Träger des Mehrheitsmandates aufzutreten. Sie gingen den traditionellen Weg des geringsten Widerstandes, des (kurz) berechnenden Taktierens. Es ist charakteristisch, dass der führende nichtkommunistische Publizist F. Peroutka (seit 1948 in der Emigration) die Wahlen so kommentierte: «Es ist wichtiger, sich von der Richtigkeit mancher Ideen zu überzeugen, als gegen die Kommunisten zu kämpfen, die man in der neuen Situation ohnehin nicht besiegen kann.» Das schrieb er in einer Zeit, als es nun endlich gegolten hätte, die Massen mit Worten offener Kritik aufzuklären und alle Kräfte gegen die Gefahr zu sammeln, die sich schon klar und drohend abzeichnete. So sah es mit dem Selbstbehauptungswillen jener demokratischen Kräfte aus, die kurz darauf entweder flüchteten oder

untergingen. Ihr Wille zur Anpassung an die von ihnen verniedlichte Bedrohung ersparte ihnen vorerst Scherereien; erst etwas später kostete er sie die Heimat, die Freiheit oder den Kopf. Es zeigte sich, dass die führenden Schichten, die den Weg zu einer pluralistischen Ordnung hätten weisen sollen, nicht fähig waren, Kristallisationspunkte zu einer Opposition gegen die mächtig gewordenen Feinde einer pluralistischen Ordnung zu bilden. Man leugnete die Notwendigkeit einer antikommunistischen Opposition, gerade weil man die angebliche Willigkeit des kommunistischen Partners, mit verschiedenen politischen Kräften zusammenzuarbeiten, lieber nicht auf eine echte Probe stellen wollte.

#### Das totale Diktat Moskaus in der Aussenpolitik: Die Verträge mit Leben erfüllen

Ebensowenig wollte man es darauf ankommen lassen, das angebliche Selbstbestimmungsrecht der Tschechoslowakei auf die Probe zu stellen.

Hier gibt es einen ebenso beweiskräftigen wie lehrreichen Vorfall: Am 7. Juli 1947 beschloss die tschechoslowakische Regierung — notabene auch mit den Stimmen ihrer kommunistischen Mitglieder —, an der Marshallplan-Konferenz in Paris teilzunehmen. Doch es bedurfte nur eines telephonischen Anrufes aus Moskau, und am selben Tag begaben sich die Minister Gottwald, Drtnina und Masaryk dorthin. Stalin leitete persönlich die Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Delegation und meinte hierbei unter Hinweis auf den Vertrag von 1943 unmissverständlich: «Die UdSSR müsste jede Verbindung mit dieser Aktion (Marshallplan-Konferenz) als Beteiligung an einer sowjetfeindlichen Aktion betrachten.» Noch von Moskau

aus berief Gottwald eine Ministerratssitzung ein. In der gleichen Zusammensetzung wie zuvor und ebenso einstimmig wie zuvor beschloss die Regierung nunmehr, auf ihren Entscheid zurückzukommen. Ohne Gegenstimme verabschiedete sie auch ein Dankesgramm an Stalin: «...Die Regierung hat einstimmig die Resultate der (Moskauer) Verhandlungen gebilligt und beschlossen, der UdSSR und Ihnen persönlich für Ihr Verständnis und Ihre grosszügige Entscheidung ihren Dank auszusprechen...» Keiner der nichtkommunistischen Mitglieder, denen unmissverständlich vorgeführt wurde, was man in Moskau unter «Nichteinmischung» verstand, hätte sein Amt niedergelegt oder auch nur protestiert. Sie wollten vielmehr beweisen, dass ihnen daran gelegen war, «die Verträge mit Leben zu erfüllen», wie man heute sagen würde. So zeigte sich, dass die Existenz des tschechoslowakischen Regierungssystems (das noch keine Diktatur, aber bereits keine funktionsfähige Demokratie mehr war) vollkommen von der Duldung Moskaus abhing.

Noch zwei weitere Jahre lang anerkannte man die Realitäten mit sowjetfreundlichen Ansprüchen und sah gutartig zu, wie sich die KPTsch die Gewerkschaften, die Arbeitermiliz, die Polizei und die Armee zu ergebenen Werkzeugen machte. Und dann kam der Tag, an dem sich die nichtkommunistischen Parteien nun doch gegen eine handgreifliche Verletzung und Verhöhnung des demokratischen Mehrheitsprinzips in der Regierung auflehnen wollten. Sie entschlossen sich zu handeln, nachdem sie das Gesetz des Handelns bereits aus der Hand gegeben hatten. Es folgte ein Kampf, der zum Untergang dessen führte, was von der tschechoslowakischen Demokratie noch übriggeblieben war.

#### Die «Februarereignisse» 1948: Vom verspäteten Aufbäumen...

Am 13. Februar 1948 entliess Innenminister V. Nosek acht hohe Polizeibeamte, um sie durch Kommunisten zu ersetzen. Obwohl von den nichtkommunistischen Mitgliedern der Regierung demokratisch überstimmt, waren weder der Innenminister noch seine Partei bereit, die Massnahme zu widerrufen. Nunmehr reichten zwölf nichtkommunistische Minister im Gegensatz zu ihrer gewohnten Praxis des Nachgebens ihre Demission ein. Anscheinend erhofften sie sich dabei, die KPTsch zu einem Rückzieher in dieser Frage zu zwingen oder aber eine Neubildung der Regierung, zumindest aber Neuwahlen zu erreichen. Aber die zwölf Minister repräsentierten nur eine Minorität. Weder die Sozialdemokraten noch der parteilose Aussenminister Jan Masaryk (er wurde bald darauf in der immer noch nicht abgeklärten Affäre des «zweiten Fenstersturzes» vermutlich von den Kommunisten ermordet; siehe dazu ZB Nr. 1/72) schlossen sich an. So führte der Protestrücktritt lediglich dazu, dass die KP zur absoluten Mehrheit in der Regierung kam, die beschlussfähig blieb und auch laut Verfassung nicht aufgelöst werden musste.

Jetzt rächten sich die Unterlassungen der vergangenen Jahre. Hätten die nichtkommunistischen Parteien ebenso wie ihr Gegenpart auf Teile von Polizei und Armee, auf «Transmis-

sionsriemen» zu den Massen und auf das perfekte Funktionieren ihrer eigenen Parteiapparate rechnen können, würde ihr Vorhaben wenigstens eine Chance gehabt haben. Aber sie hatten vom Informationswesen bis zu den Gesellschaftsorganisationen alle Einflussmittel abgegeben und erhielten nicht einmal mehr die Möglichkeit zu einer massenzugänglichen Selbstdarstellung. Auf der andern Seite aber zeigte die KPTsch, dass sie in der Zwischenzeit ihr Instrumentarium zur Ueberzeugung samt Einschüchterung bis zur Perfektion vorbereitet hatte. Sie mobilisierte die Betriebsräte, die Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeitermiliz in den Fabriken, sie alarmierte die Sicherheitsorgane, die Armee und die Strasse.

### ... zur konsequenten Kapitulation

Die offenkundige Unfähigkeit der nichtkommunistischen Parteien, eine Massenkundgebung in der Hauptstadt zu veranstalten, gab der KPTsch jenen Auftrieb, den ein zurückweichender Gegner dem noch unsicheren Angreifer verschafft. Das Auftauchen des ehemaligen sowjetischen Botschafters Zorin in Prag stärkte der KPTsch noch den Rücken, denn auf eine sowjetische Intervention wollte es niemand ankommen lassen.

Während die präzise kommunistische Maschinerie anlief, vermochten sich die nichtkommunistischen Parteien nicht zu einer Sammlung ihrer Kräfte aufzuraffen, und ihre Führer blickten nur gläubig zum Hradschin empor. Doch Benes lehnte es ab, die nichtkommunistischen Minister zu empfangen; dafür empfing er Delegationen der kommunistisch geführten Betriebsräte und Arbeiter, die übrigens damals noch der KPTsch grossenteils in durchaus echter Weise vertrauten.

Die KPTsch ging nun aus der Verteidigung sehr rasch zum Angriff über. Er bedeutete die Einleitung der totalen Machtübernahme. Die Polizei begann mit Verhaftungen in der Provinz, die Arbeitermiliz wurde mit Karabinern bewaffnet.

Am 22. Februar liess Benes durchblicken, dass er bereit sei, dem kommunistischen Druck nachzugeben und eine neue Regierung ohne Beteiligung von Parteien ausserhalb des Bündnisses mit den Kommunisten anzuerkennen. Vierundzwanzig Stunden später waren die Strassen bereits von kommunistischer Polizei besetzt, die Druckereien und Parteisekretariate der Nichtkommunisten befanden sich in den Händen prokommunistischer Kräfte oder wurden von den Sicherheitsorganen geschlossen. Von der KPTsch gesteuerte Aktionskomitees übernahmen die Leitung der nichtkommunistischen Parteien und vertrieben die ihnen nicht genehmen Leute aus ihren Aemtern. Nirgends wurde Widerstand geleistet.

Am 25. Februar empfing Benes die neue kommunistische Regierung, ohne den zurückgetretenen Ministern je die Möglichkeit zu einer Aussprache gewährt zu haben.

### Die Enthüllung der Diktatur: Nur die Bestätigung dessen, was man nicht hatte sehen wollen

Die Sozialdemokratische Partei ging in die KPTsch auf (wer damit nicht einverstanden war, wurde bestenfalls ausgeschlossen und

schlimmstenfalls verhaftet), die übrigen Parteien wurden unter parakommunistischer Führung in zustimmende Gruppierungen umgewandelt, die nicht einmal eigene Varianten darstellten, geschweige denn Alternativen. Das alles verlief praktisch reibungslos. Nur im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei kam es zu einem Handgemenge, und Prager Hochschüler zogen in einem Protestmarsch zur Burg. Beim Aufstieg zum Hradschin wurden die Demonstranten von der Polizei gestoppt. Die Studenten schickten eine Delegation zu Benes, der sie nicht empfing.

Die Februar-Ereignisse bestätigten im wesentlichen den tatsächlichen Stand der Dinge im Land. Die KPTsch stellte schon seit 1945 den herrschenden Faktor der Innenpolitik dar, und die Aussenpolitik bestand darin, die Anweisungen aus Moskau willig auszuführen.

«Jede Illusion, die der Westen vielleicht noch hätte haben können, löste sich nach den Prager Februar-Ereignissen auf... Es war höchste Zeit zu reagieren, denn die Prager Tragödie war nur der Höhepunkt einer ganzen Serie von Ereignissen, die nach und nach jede Hoffnung zerstörten, dass es eine auf Gerechtigkeit und Freiheit

begründete internationale Ordnung geben konnte.» So schrieb Paul-Henri Spaak.

Am 17. März 1948, etwas mehr als zwei Wochen nach den Prager Ereignissen, unterschrieben die Staaten des Westens den Brüsseler Vertrag und legten damit den Grundstein zum Nordatlantikpakt. Während sich der Westen jenseits des nunmehr entstehenden Eisernen Vorhanges auf seine Selbstbehauptung zu besinnen begann, ging die KPTsch zur nächsten Phase der Pazifizierung des Landes und der Sicherung ihres Regimes über. Nach der Lockerung der sechziger Jahre und dem Reformversuch von 1968 ist sie wiederum in vollem Gange. Im Unterschied zu damals reagiert der Westen allerdings nicht mehr mit Selbstbehauptung, sondern mit Selbstauflösung. Das Verhalten seiner nichtkommunistischen Kräfte erinnert an das Verhalten der nichtkommunistischen Kräfte in der Tschechoslowakei vor 1948. Vergleichbar ist dabei nicht so sehr die Gesamtheit der Umstände mit ihren Entsprechungen und Unterschieden als vielmehr die Mentalität. Die artige Verbeugung kann ein Gespräch einleiten. Aber wenn der Partner die Rute in der Hand hält, leitet sie etwas anderes ein.

## Zusammenhänge

Die progressive Kapitulation der nichtkommunistischen demokratischen Kräfte vor der laufenden Machtübernahme ihrer Gegner in der Nachkriegtschechoslowakei von 1945 bis 1948 ist unter den damaligen historischen Umständen vielleicht mehr Begleitumstand und Symptom als Ursache des historischen Geschehens. Schliesslich wurde 1948 nicht nur die Tschechoslowakei in die Aera des sowjetischen Kommunismus geführt, sondern ganz Osteuropa. Anderswo waren die jeweiligen nationalen Gegebenheiten verschieden; so gab es keine gleichwertige Tradition bürgerlicher Demokratie zu verteidigen, und damit konnte es auch nicht, oder wenigstens nicht im gleichen Ausmass, an der mangelnden Selbstbehauptung einer politischen und gesellschaftlichen Ordnung liegen, welche das Gesetz des Handelns freiwillig abtrat. Die unterschiedlichen Alternativkräfte in andern Ländern legten zum Teil auch nicht die gleiche Dozilität an den Tag wie die pluralistische Vertretung der Bevölkerung in der Tschechoslowakei. Und trotzdem triumphierte zur gleichen Zeit das gleiche Einheitsmodell in ganz Osteuropa, und der einzige Unterschied zur Tschechoslowakei bestand darin, dass sich der Umsturz blutiger und gewaltsamer anliess als in der Tschechoslowakei, wo die KPTsch die formale Legalität soweit ausnützte als es ihren Zwecken diente. Der entscheidende Faktor war die sowjetische Präsenz, die in Osteuropa sowohl die kommunistische Machtergreifung als auch den Typus der nachfolgenden Machtausübung bestimmte, was immer die jeweils vorliegenden Umstände waren.

Das Argument liegt also nahe, dass es in der Tschechoslowakei auch nichts genützt haben würde, wenn die nichtkommunistischen Kräfte in den ersten drei Nachkriegsjahren den Widerstand der Anpassung vorgezogen hätten. Die Tschechoslowakei sei seit Jalta der sowjetischen Einflusszone zugeordnet gewesen, und damit ha-

be das Land seinem Schicksal gar nicht mehr entgehen können. Ein Aufbäumen dagegen hätte bloss zu Blutvergiessen geführt, ohne dass damit irgend etwas zu gewinnen gewesen wäre. Auch wenn sich die Rote Armee 1948 nicht mehr in der Tschechoslowakei befand, war sie als Macht- und Druckmittel natürlich vorhanden, wie denn überhaupt die alternativlose Ausrichtung der Aussenpolitik auf die UdSSR eine vom Westen hingegenommene Gegebenheit des Landes war.

Das alles sind Ueberlegungen, die ihre Plausibilität haben, und es mag durchaus sein, dass es den politischen Vertretern der nichtkommunistischen Mehrheit tatsächlich nichts genutzt hätte, wenn sie für ihre Vorstellungen einer politischen Ordnung auch eingestanden wären. Andererseits kann man das Motiv der «Unabänderlichkeit» auch übertreiben. Wenn die Jugoslawen, das heisst in jenem Falle die dortige kommunistische Führung, es 1948 nicht auf die Kraftprobe mit allen ihren Risiken hätten ankommen lassen, so würde man im nachhinein einen eigenen jugoslawischen Weg ebenfalls als unmöglich betrachtet haben.

Aber wie dem immer sei. Sogar wenn wir der These zustimmen, dass die Nachkriegtschechoslowakei so oder anders ihrem Schicksal ausgeliefert war, unter die interne kommunistische Diktatur und die externe sowjetische Diktatur zu kommen, ist das damalige Exempel wenigstens in einer Hinsicht schlüssig. Es hat den demokratisch-pluralistischen Kräften rein gar nichts genützt, dass sie mit jenen Kräften «Partnerlis» spielten, welche die demokratische Partnerschaft zu keinem Zeitpunkt als Ziel hatten oder auch nur als Ziel vorgaben. Leute mit totalitären Vorstellungen lassen sich durch Entgegenkommen nicht von ihrem Ziel abbringen. Man hat das bei den Nationalsozialisten und bei den Kommunisten gesehen. Und insofern kann uns das tschechoslowakische Modell zur Lehre dienen, als der innern Parallelität zu unserer Zeit das Korrelat der äusseren Parallelität fehlt.

(Fortsetzung auf Seite 12)